

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 32/39
Telex: 8 88 848 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans Apel MdB weist auf die dramatischen Folgen der Bonner Finanzpolitik für strukturschwache Gebiete hin: Ruhrgebietsstädte vertragen keine zusätzlichen Belastungen.

Seite 1

Margitta Terborg MdB hält der Bundesregierung vor, sich die Erkenntnisse der Enquete-Kommission Jugendprotest nie zueigen gemacht zu haben: Wie viele Kreuzbergs werden noch brennen...

Seite 4

Dokumentation
Günter Grass hielt auf der Veranstaltung „Aufrufe zum Frieden“, die am 29. Mai im Erich-Ollenhauer-Haus stattfand, eine improvisierte Rede, die wir im Wortlaut dokumentieren: Greifen wir den Palme-Vorschlag auf!

Seite 6

42. Jahrgang / 102

1. Juni 1987

Bonner Steuerpolitik belastet Ruhrgebiets-Kommunen

Finanzschwache Städte können zusätzliche Schulden nicht verkraften

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

1. Durch die von der Bundesregierung zu verantwortenden Rahmenbedingungen können viele Städte und Gemeinden vor allem in Regionen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind, ihre Haushalte trotz sparsamster Haushaltsführung seit Jahren nicht mehr ausgleichen.

Die Unterschiede in der Finanzausstattung zwischen den Kommunen haben sich ständig vergrößert. Dabei sind neben einzelnen Städten der Küstenregionen, des Zonenrandgebietes und des Saarlandes insbesondere die Ruhrgebietsstädte betroffen, die nicht zuletzt aufgrund der Stahlkrise mit Problemen zusätzlich belastet sind. Hinzu kommen noch Sonderprobleme wie zum Beispiel die Beseitigung von Altlasten im Umweltbereich.

Das Versagen der Bundesregierung bei der Bewältigung der Strukturkrisen hat dazu geführt, daß die Ruhrgebietsstädte bei den Gewerbesteuererträgen hinter vergleichbaren Städten in der Bundesrepublik zurückgeblieben sind. Andererseits sind sie von der Arbeitslosigkeit weit überdurchschnittlich betroffen. Parallel dazu sind ihre städtischen Ausgaben für Sozialhilfe explosionsartig angestiegen.

2. Es ist unverträglich, daß die Bundesregierung die Kosten der Massenarbeitslosigkeit mehr und mehr auf die Sozialhilfe und damit auf die Kommunen abwälzt. Beschäftigungspolitik ist eindeutig Aufgabe des Bundes. Deshalb muß der Bund auch für die Finanzierung der Folgen der Arbeitslosigkeit einstehen. Statt sich von diesem Grundsatz leiten zu lassen,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 32,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung erfolgt
aus recycelten Rohstoffen
Recyclingpapier



hat die Bundesregierung die Leistungen für die Arbeitslosen massiv zusammengestrichen und Überschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit gehortet. Statt diese Überschüsse bestimmungsgemäß für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verwenden, setzt sie die Bundesregierung zur Finanzierung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenversicherung ein, um den Bundeshaushalt zu schonen.

3. Die Bundesregierung hat es versäumt, die notwendige Gemeindefinanzreform in Angriff zu nehmen. Die SPD hat dagegen bereits mit ihrem Antrag „Fortsetzung der Gemeindefinanzreform“ vom 26. Oktober 1983 (Bundestags-Drucksache: 10/538) umfassende Vorbereitungen für eine Reform im Deutschen Bundestag gefordert. Diese Forderung hat sich der Deutsche Städtetag durch einstimmigen Beschluß seines Hauptausschusses angeschlossen. Auch die Wissenschaft, wie zum Beispiel Sachverständigenrat und Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesfinanzministerium fordern eine Gemeindefinanzreform.

Alle diese Forderungen ergeben, daß auf die Gewerbesteuer nicht verzichtet werden kann. Die Bundesregierung stellt dagegen durch Eingriffe in die Gewerbesteuer deren Bestand fort-dauernd in Frage.

4. Den berechtigten Forderungen nach einer Revitalisierung der Gewerbesteuer, nach einer gerechteren Finanzausstattung aller Gemeinden durch eine Gemeindesteuerreform und nach Übernahme der gerade durch Langzeitarbeitslosigkeit bedingten Sozialhilfe-lasten der Gemeinden verschließt sich die Bundesregierung.

Statt dessen hat die Bundesregierung Steuerpläne vorgelegt, mit denen sie die Kommunen mit Steuerausfällen von bis zu zehn Milliarden DM belasten will. Dabei sollen die in diesem Zusammenhang geplanten Steuererhöhungen hauptsächlich in die Kassen des Bundes fließen, während Länder und Gemeinden weitestgehend auf ihren Steuerausfällen sitzenbleiben. Die Bundesregierung bricht damit erneut ihr Versprechen, daß die Kommunen nicht überproportional belastet werden. Sie schreckt selbst nicht davor zurück, sich in die Haushaltsgestaltung der Kommunen einzumischen.

5. Mit dieser Finanzpolitik treibt der Bund Länder und Gemeinden in eine höhere Verschuldung. Die finanzschwachen Länder und Gemeinden können jedoch zusätzliche Schulden



nicht mehr verkraften. Die Finanz- und Steuerpolitik des Bundes führt deshalb dazu, daß insbesondere auch die finanzschwachen Gemeinden im Ruhrgebiet notwendige Leistungen für ihre Bürger nicht mehr erbringen und notwendige Investitionen unterlassen müssen mit allen negativen Folgen für Konjunktur und Beschäftigung in dieser Region.

Durch die von der Bundesregierung geplanten Steuersenkungen werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 1990 etwa drei Milliarden DM an Steuereinnahmen verlieren. Allein Dortmund, Gelsenkirchen, Wuppertal, Oberhausen, Essen und Duisburg werden jährlich fast 450 Millionen DM weniger Einnahmen haben als 1987.

6. Deshalb hat eine gemeinsame Konferenz von SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Kommunalpolitikern des Ruhrgebietes am 27. Mai 1987 in Duisburg die Bundesregierung aufgefordert,

- eine derart unsolide Steuersenkungspolitik, die alle, aber besonders die strukturschwachen Gebietskörperschaften ausbluten läßt, zu unterlassen,
- auf dem Weg zu einer umfassenden Gemeindefinanzreform die Gewerbesteuer zu revitalisieren,
- den Gemeindeanteil am Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer anzuheben bei gleichzeitiger Veränderung des Verteilungsschlüssels zugunsten der finanzschwachen Städte und Gemeinden,
- für die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit zu sorgen, damit die Kommunen bei den Sozialhilfeausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen entlastet werden,
- einen ausreichenden Schutz bei Arbeitslosigkeit entsprechend dem Gesetzesantrag der SPD-Bundestagsfraktion wieder herzustellen, damit die Kommunen von den finanziellen Lasten der Dauerarbeitslosigkeit befreit werden, und
- für eine gerechte finanzielle Ausstattung aller Bundesländer durch eine Neuordnung des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs zu sorgen, damit die Länder ihrerseits in die Lage versetzt werden, einen angemessenen und fairen kommunalen Finanzausgleich zu gestalten.

(-/1.6.1987/vo-ha/rs)

* * *



Wie viele Kreuzbergs werden noch brennen...

Die Bundesregierung hat sich die Erkenntnisse der Enquete-Kommission Jugendprotest nie zueigen gemacht

Von Margitta Terborg MdB
Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion

Mit den Ursachen und Folgen der Kreuzberger Auseinandersetzungen hatte sich der Innenausschuß des Deutschen Bundestages in Berlin zu befassen. Berlins Innensenator Kewenig hat, wie ich hörte, den Abgeordneten in epischer Breite die Fehler und Mängel des Polizeieinsatzes und die Schlußfolgerungen, die daraus für Berlins beamtete Ordnungshüter gezogen worden seien, dargestellt. Wie richtig oder falsch die Darstellungen des Innensensors waren, kann ich nicht beurteilen. Ich bin nicht Mitglied dieses Fachausschusses. Aber ich war neugierig und habe meine Kollegen weiter ausgeforscht. Der Senator, so erzählten sie verbiestert, zeichne sich durch eine unglaubliche Arroganz im Umgang mit den gewählten Vertretern des Volkes aus und er sei in erschreckender Einseitigkeit allein darauf fixiert, daß die polizeilichen Einsätze künftig effektiver ausbrechende Krawalle im Keim ersticken können.

Das hat mich hellhörig gemacht. Als Mitglied der von 1981 bis 1983 tätig gewesenen Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ kann eine solche Horizont-Verengung der politisch Verantwortlichen nur noch Betroffenheit und Bitternis auslösen. Da hatten wir nun Jahre gearbeitet. Unser Bericht war in Politik und Öffentlichkeit auf nahezu einhellige Zustimmung gestossen. Die Fachausschüsse des Deutschen Bundestages hatten sich versprochen, bei all ihren Beschlüssen unsere Empfehlungen mit zu berücksichtigen. Die Bundesregierung hatte Beachtung gelobt. Geschehen ist nichts.

Wie hatten wir doch 1983 formuliert:

„Für die Enquete-Kommission sind vor allem die in sozialer Benachteiligung liegenden Ursachen des Jugendprotests Anlaß, sich intensiv mit den Schwierigkeiten der ausländischen und arbeitslosen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland auseinanderzusetzen.“

Schärfer noch:

„Einig war sich die Kommission darin, daß der Jugendprotest wesentlich als Reaktion auf ungelöste gesellschaftliche Probleme verstanden werden muß und nicht als klassischer Generationenkonflikt verstanden werden kann.“

Wir hatten gemahnt:

„Es ist von entscheidender Bedeutung, wie von Seiten der Behörden und Politiker auf Kritik und Protest reagiert wird.“



Und vorgeschlagen:

„Nach Ansicht der Kommission muß deshalb alles unternommen werden, um jeden Jugendlichen einen angemessenen Ausbildungsplatz und eine erfolgreiche Berufsausbildung zu sichern.“

„Die Kommission ist sich darüber im klaren, daß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit - abgesehen von den Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung - im wesentlichen nur im Rahmen einer allgemeinen Wiederherstellung der Vollbeschäftigung gelöst werden kann.“

Ich habe nur auf einige wenige der zahlreichen Vorschläge unserer Enquete hingewiesen. Sie haben alle eines gemeinsam: sie sind in der politischen Praxis nicht berücksichtigt worden. Die Massenarbeitslosigkeit ist nicht nur nicht beseitigt, sie ist seit 1983 weiter gestiegen und wird weiter steigen. Die Ausbildungsnot junger Menschen ist nur statistisch gemildert, tatsächlich ist der Bedarf an qualifizierten Arbeitsplätzen weiterhin enorm groß. Die Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener Berufsausbildung hat sich verschärft. Die Integration ausländischer Jugendlicher - auch dies ein wesentlicher Faktor des Jugendprotestes - bleibt weiterhin ein frommer Wunsch.

Wenn Kreuzberg brennt, wenn der Jugendprotest gewalttätigere Züge annimmt, dann ist dies eine fast schon logisch zu nennende Konsequenz des Versagens der Bonner Regierenden und des Berliner Senats. Man war gewarnt, man hat die Warnungen verbal gutgeheißen und ebenso konsequent vergessen. Schon 1984 hat man das voraussagen können. Wie hieß es doch so schön in der Stellungnahme des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler auf die Empfehlungen unserer Enquete:

„Die Bundesregierung nimmt die Zukunftssorgen der Jugend ernst, greift die von ihr vorgebrachten Fragen auf und strebt nach realistischen Lösungsperspektiven.“

Bla-Bla-Bla, man kann es nicht anders nennen. Und dabei ist es denn auch geblieben.

Jetzt streitet man sich um die Frage, ob die aufbrechenden Unruhen und Krawalle mit leichterem oder schwereren polizeilichen Gerät bekämpft werden sollen. Man entwickelt Strategien, wie man Störer schneller isolieren und inhaftieren kann. Man wird viele Hundertschaften von Bereitschaftspolizei in die vermuteten Brennpunkte neuer Krawalle transportieren. Manches davon mag ja notwendig sein - aber es offenbart doch die ganze Hilflosigkeit eines Staates, der zum Muskelzeigen fähig, zur sozialen Prävention absolut unfähig ist.

Wieviele Kreuzbergs müssen eigentlich noch brennen, bis unsere Regierenden zu pflichtgemäßem Handeln fähig sind?

(-/1.6.1987/rs/ks)

DOKUMENTATION

Günter Grass: Greifen wir doch den Palme-Plan auf

Der Schriftsteller Günter Grass hielt bei der Veranstaltung „Aufrufe zum Frieden“ am 29. Mai im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn eine kurze improvisierte Rede, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Nach so langem Widerstand gegen Rüstung und Nachrüstung, können wir uns, glaube ich, nicht darin gefallen, die bloßen Postulate, so wichtig sie sind, wie der Abrüstung zu wiederholen. Wir müssen, glaube ich, was gegenwärtig geschieht, gelegentlich nüchtern und gelegentlich auch mit einem Ausblick auf die Zukunft betrachten. Manche sprechen heute von einer Sternstunde der Geschichte der Menschheit, und ich gehöre nicht zu den Leuten, die an Sternstunden glauben. Aber eine große Gelegenheit, eine große Chance ist es, wenn heute von seiten der Sowjetunion Abrüstungsvorschläge gemacht werden, die ja weitgehend den westlichen Wünschen entsprechen.

Warum hat das solange gedauert in der Sowjetunion, warum ist das heute möglich. Es bahnen sich in der Sowjetunion und damit im gesamten Ostblock Veränderungen an, die in der Tat weltbewegend sein können, wenn sie anhalten.

Ich bin unverbesserlich jemand, der aus der europäischen Aufklärung herkommt und an Geschichte gebunden ist. Wir haben uns gewünscht, schnelllebiger zu sein, begrüßen, was richtig ist, diese Veränderung, die aus dem Ostblock kommt - und übersehen dabei, daß ähnliche oft gleichlautende Forderungen und Reformvorschläge den östlichen Kommunismus betreffend im Jahre 1968 in der Tschechoslowakei formuliert worden sind. Mithin ist der neue Stil in der Sowjetunion die noch unausgesprochene, aber längst überfällige Rehabilitierung des Reformkommunismus in der Tschechoslowakei unter Alexander Dubcek. Das heißt ein Begrüßen dieses Wandels heißt auch ein Ja. Ein nachgeholt, ein lange versäumtes Ja. Und der Ausdruck der Solidarität mit den Sozialisten der Tschechoslowakei, die heute noch unter Schreibverbot stehen, die heute noch keine Öffentlichkeit haben.

Die anstehenden Schritte Doppel-Null-Lösung sind besprochen worden. Ich meine, das ist viel, wenn es erreicht wird. Aber es darf meiner Partei, es darf der SPD nicht genug sein. Wir haben Versäumnisse nachzuholen, wir haben den unsäglichen Nachrüstungsbeschluß mitzuverantworten in unserer eigenen Parteigeschichte, und wir haben dort einiges wieder gutzumachen. Es kann auch nicht darauf ankommen, jetzt unbedingt neue Vorschläge aus dem Hut zaubern zu müssen, um dazustehen als die Partei, die ja traditionell für Frieden und Abrüstung stand.

Greifen wir doch zurück, was viele Sozialdemokraten heute schon tun, auf den Palme-Plan, gehen wir doch diesen entscheidenden Schritt weiter, infolge der hoffentlich dann geglückten Abrüstungsvorhaben und sorgen dafür, daß Mitteleuropa, ein Streifen in Mitteleuropa atomwaffenfrei wird. Und sorgen wir gleichzeitig dafür, auch das wurde schon gesagt, daß Abrüstung auf der einen Seite nicht zur Nachrüstung auf der anderen Seite führt, was jetzt schon in einigen Köpfen und einigen Budget offenbar projiziert wird.

Doch was ich eigentlich sagen will, ist, was bedeutet eigentlich Abrüstung konkret, materiell für den größten Teil dieser Welt? Willy Brandt hat nicht nur als Vorsitzender der SPD, sondern als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und in der Nord-Süd-Kommission Entscheidendes zu diesem Thema gesagt. Wenn immer Willy Brandt zum Thema Abrüstung sprach, sah er den Nord-Süd-Konflikt gleichzeitig. Sah, was diese Rüstung, diese Überrüstung, diese Kosten, nicht nur die materiellen Kosten, auch die Bindung von Verstand, von Sachverstand an militärische Themen für die Welt insgesamt bedeutet, für die Verelendung der Dritten Welt, auch mit dieser Rüstung und Nachrüstung und Doppelrüstung und wiederholten Rüstung zusammenhängt.

Es wird also darauf ankommen, dafür zu sorgen, daß die freiwerdenden Mittel einer möglichen endlichen Abrüstung freierwerden zum Nutzen der Staaten der Dritten Welt, in deren Verantwortung wir alle stehen.

(-/1.6.1987/rs/ks)